Anonymisierte Fassung

Übersetzung

C-50/22 – 1

Rechtssache C-50/22

Vorabentscheidungsersuchen

Eingangsdatum:

25. Januar 2022

Vorlegendes Gericht:

Cour d'appel de Paris (Frankreich)

Datum der Vorlageentscheidung:

16. Dezember 2021

Berufungsklägerin:

SOGEFINANCEMENT

Berufungsbeklagte:

RW

UV

... [nicht übersetzt]

COUR D'APPEL DE PARIS

Abteilung 4 – Kammer 9 – A

**URTEIL BETREFFEND EIN VORABENTSCHEIDUNGERSUCHEN AN
DEN**

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION VOM 16. Dezember 2021

... [nicht übersetzt]

BERUFUNGSKLÄGERIN

DE

Die Gesellschaft SOGEFINANCEMENT, vereinfachte Aktiengesellschaft, vertreten durch ihre gesetzlichen Vertreter, die als solche am genannten Sitz ansässig sind

... [nicht übersetzt]
92724 NANTERRE CEDEX

... [nicht übersetzt]

BERUFUNGSBEKLAGTE

RW

... [nicht übersetzt]
93160 NOISY LE GRAND

... [nicht übersetzt]

UV

... [nicht übersetzt]
93160 NOISY LE GRAND

... [nicht übersetzt] [Formalitäten]

SACHVERHALT, VERFAHREN UND VORBRINGEN DER PARTEIEN

Am 5. November 2011 gewährte die Gesellschaft Sogefinancement (im Folgenden: Sogefinancement) RW und UV einen Privatkredit in Höhe von 15 362,90 Euro, der in 84 Monatsraten von 430,85 Euro (ohne Versicherung) zu einem festen jährlichen Sollzinssatz von 7,60 % zurückzuzahlen war.

Am 20. Oktober 2015 einigten sich die Parteien auf eine Umschuldung in Höhe von 15 362,90 Euro, die in 83 Monatsraten zu 258,54 Euro ab dem 15. Dezember 2015 zurückzuzahlen war.

Das Tribunal d'instance du Raincy (erstinstanzliches Gericht Raincy, Frankreich), das von der Sogefinancement mit einer Klage befasst wurde, mit der RW und UV hauptsächlich zur Zahlung des ausstehenden Betrags verurteilt werden sollten, verkündete am 25. Januar 2018 ein kontradiktorisches Urteil, mit dem es

- die Zahlungsklage für zulässig erklärte,
- den am 5. November 2011 zwischen den Parteien geschlossenen Vertrag für nichtig erklärte,

- die Anwendung der Art. 1231-6 des code civil (Zivilgesetzbuch) und L. 313-3 des code monétaire et financier (Gesetzbuch über das Währungs- und Finanzwesen) ablehnte,
- RW und UV dazu verurteilte, der Sogefinancement einen Betrag von 1 309,65 Euro aus dem Kreditvertrag zu zahlen, und feststellte, dass dieser Betrag nicht zu verzinsen ist,
- auf die Art. L. 311-48 (jetzt L. 341-8) des code de la consommation (Verbrauchergesetzbuch) hinwies und erklärte, dass der von RW und UV geschuldete Betrag um die gesetzlichen Zinsen reduziert wird, die auf die vom Kreditgeber erhaltenen Zinsen berechnet wurden,
- RW und UV einen Zahlungsaufschub gewährte, wonach die Schuld in sechs Monatsraten von 200 Euro und einer letzten Rate, die aus der Restschuld besteht, beglichen werden muss, andernfalls wird die gesamte Restschuld sofort fällig,
- das Vorbringen von Sogefinancement im Übrigen zurückgewiesen wurde.

Nachdem das Gericht die Zulässigkeit der Klage geprüft hatte, prüfte es von Amts wegen einen Verstoß gegen Art. L. 312-25 des Verbrauchergesetzbuchs und stellte fest, dass der Vertrag gemäß Art. 6 des Zivilgesetzbuchs für nichtig erklärt werden müsse, da die Gelder weniger als sieben Tage nach Annahme des Kreditangebots an die Kreditnehmer ausgezahlt worden seien.

Mit einer Erklärung vom 24. Mai 2018 legte Sogefinancement Berufung gegen diese Entscheidung ein.

In ihrem letzten, am 8. Februar 2021 eingereichten Schriftsatz beantragte sie,

- das Urteil, gegen das Berufung eingelegt wurde, in vollem Umfang aufzuheben oder zumindest zu entkräften,
- die Anträge von RW und UV zurückzuweisen,
- die Rüge der Nichtigkeit des Vertrags für unzulässig zu erklären, hilfsweise sie zurückzuweisen,
- den Antrag der Kreditnehmer auf Feststellung der Verwirkung des Anspruchs auf die vertraglich vereinbarten Zinsen für unzulässig zu erklären; ihn zurückzuweisen,
- festzustellen, dass der Kredit fällig gestellt wurde, hilfsweise, die Kündigung des Kreditvertrags auszusprechen,
- RW und UV gesamtschuldnerisch zur Zahlung von 13 974,41 Euro zuzüglich Zinsen zum vertraglich vereinbarten Zinssatz von 7,60 % pro Jahr ab dem 31. Juli 2018 an Sogefinancement zu verurteilen, durch Barmittel oder gültige Belege für nach dem 30. Juli 2018 erfolgte Zahlungen,

- hilfsweise, im Falle der Nichtigkeit des Vertrags, sie gesamtschuldnerisch zur Zahlung von 28 000 Euro als Rückzahlung des geliehenen Kapitals zuzüglich Zinsen zum gesetzlichen Zinssatz an Sogefinancement zu verurteilen, und festzustellen, dass sie weiterhin zur Zahlung von 517,40 Euro zuzüglich Zinsen zum gesetzlichen Zinssatz verpflichtet sind,
- hilfsweise, im Falle der Verwirkung des Anspruchs auf vertragliche Zinsen, RW und UV gesamtschuldnerisch zur Zahlung von 2 504,36 Euro zuzüglich Zinsen zum gesetzlichen Zinssatz ab dem 6. März 2017 an Sogefinancement zu verurteilen,
- den Antrag von RW und UV auf Fristverlängerung zurückzuweisen, hilfsweise die Forderung für sofort fällig zu erklären, wenn auch nur eine der Ratenzahlungen nicht eingehalten wird,
- sie zu verurteilen, gemäß Art. 700 des code de procédure civile (Zivilprozessordnung) einen Betrag von 1 000 Euro an Sogefinancement zu zahlen.

Gestützt auf die Bestimmungen der Art. L. 311-14 und R. 632-1 des Verbrauchergesetzbuchs in ihrer auf die Rechtssache anwendbaren Fassung macht die Berufungsklägerin geltend, dass das erstinstanzliche Gericht den Vertrag nicht von Amts wegen für nichtig habe erklären dürfen, da sich nur der Verbraucher auf eine zwingende Schutzbestimmung berufen könne; sie rügt eine Überschreitung von Befugnissen. Sie macht geltend, die Nichtigkeit des Vertrags könne nicht über die fünfjährige Verjährungsfrist des Art. L. 110-4 des code de commerce (Handelsgesetzbuch) hinaus geltend gemacht werden.

Sie trägt außerdem vor, dass die Frist von sieben Tagen für die Freigabe der Gelder sehr wohl eingehalten worden sei, und rügt eine Verwechslung zwischen dem internen Verfahren zur „Freigabe“ der Gelder und ihrer tatsächlichen Auszahlung an die Kreditnehmer; die Kreditnehmer hätten nicht nachgewiesen, wann sie die Gelder erhalten hätten.

Sie schlüsselt den Betrag ihrer Forderung auf.

Schließlich trägt sie vor, dass RW und UV die Verwirkung des Anspruchs auf vertragliche Zinsen wegen Verjährung nicht mehr geltend machen könnten.

Mit ihren Schriftsätzen vom 29. Oktober 2018 beantragen RW und UV,

- das angefochtene Urteil in vollem Umfang zu bestätigen, außer insoweit, als es die Forderung der Firma Sogefinancement auf den Hauptbetrag von 1 309,65 Euro festgesetzt hat,
- sie zu verurteilen, der Berufungsklägerin gesamtschuldnerisch den Hauptbetrag von 517,40 Euro zuzüglich Zinsen zum gesetzlichen Zinssatz ab der Zustellung des vorliegenden Urteils zu zahlen,

- hilfsweise, die Verwirkung des Anspruchs auf vertragliche Zinsen zu Lasten der Gesellschaft Sogefinancement anzuordnen und ihnen möglichst weitgehende Zahlungsfristen zur Begleichung ihrer Schuld einzuräumen,
- die Anträge der Sogefinancement zurückzuweisen und sie zu verurteilen, ihnen auf der Grundlage von Art. 700 der Zivilprozessordnung einen Betrag von 2 000 Euro zu zahlen.

Die Berufungsbeklagten machen geltend, der zwingende Charakter der anwendbaren Bestimmungen rechtfertige es, dass das erstinstanzliche Gericht von Amts wegen die Nichtigkeit des Vertrags gemäß Art. L. 141-4 des Verbrauchergesetzbuchs geprüft habe. Unter Verweis auf Art. 2224 des Zivilgesetzbuchs tragen sie außerdem vor, dass die fünfjährige Verjährungsfrist für die Nichtigkeitsklage nicht ab dem Zeitpunkt des Vertragsschlusses laufe, sondern ab dem Tag, an dem der Berechtigte die Tatsachen kannte oder hätte kennen müssen, die es ihm ermöglichten, die Klage zu erheben, im vorliegenden Fall ab dem Tag der erstinstanzlichen Verhandlung.

Sie tragen vor, dass die Berufungsklägerin die in Art. L. 311-14 des Verbrauchergesetzbuchs in der hier anwendbaren Fassung vorgesehene Frist von sieben Tagen für die Freigabe der Gelder nicht eingehalten habe, und wundern sich darüber, dass die Bank das Datum der Überweisung des geliehenen Kapitals nicht nachweise.

Weiter sei der Wegfall der Zinsen im Hinblick auf Art. 1343-5 des Zivilgesetzbuchs gerechtfertigt und der von ihnen noch zu begleichende Betrag sei vom erstinstanzlichen Gericht falsch berechnet worden.

Sie weisen auf ihre prekäre finanzielle Situation hin.

... [nicht übersetzt] [Verfahrensrechtliche Erwägungen]

Nach Einholung von Stellungnahmen der Parteien und der Staatsanwaltschaft beantragte das vorliegende Gericht mit einem am 1. Juli 2021 verkündeten Urteil die Erstellung eines Gutachtens zu den beiden folgenden Fragen bei der Cour de cassation (Kassationsgerichtshof):

- Kann ein Gericht im Hinblick auf Art. L. 141-4, jetzt R. 632-1, des Verbrauchergesetzbuchs, Art. 6 des Zivilgesetzbuchs, Art. L. 110-4 des Handelsgesetzbuchs und die Auslegung der Richtlinie Nr. 2008/48/EG vom 23. April 2008 in Bezug auf die Rolle des Richters bei der Durchsetzung der Vorschriften der europäischen öffentlichen Wirtschaftsordnung durch den Gerichtshof der Europäischen Union von Amts wegen die Nichtigkeit eines Verbraucherkreditvertrags, insbesondere in Anwendung von Art. L. 312-25 des Verbrauchergesetzbuchs, über die fünfjährige Verjährungsfrist hinaus, die einer Partei entgegengehalten werden kann, prüfen?

- Kann ein Gericht im Hinblick auf Art. L. 141-4, jetzt Art. R. 632-1 des Verbrauchergesetzbuchs, Art. 6 des Zivilgesetzbuchs, Art. L. 110-4 des Handelsgesetzbuchs, Art. 4 und 5 der Zivilprozessordnung und die Auslegung der Richtlinie Nr. 2008/48/EG vom 23. April 2008 in Bezug auf die Rolle des Richters bei der Durchsetzung der Vorschriften der europäischen öffentlichen Wirtschaftsordnung durch den Gerichtshof der Europäischen Union einen Verbraucherkreditvertrag für nichtig erklären, insbesondere in Anwendung von Art. L. 312-25 des Verbrauchergesetzbuchs, ohne dass eine der Parteien einen Antrag auf Nichtigerklärung gestellt hat?

Am 21. Oktober 2021 äußerte die Cour de Cassation die Auffassung, dass die Fragen von dem Gericht, bei dem der Rechtsstreit anhängig sei, gemäß Art. 267 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union dem Gerichtshof der Europäischen Union vorgelegt werden sollten.

Die Berufungsklägerin reichte am 30. November 2021 eine Stellungnahme ein, in der sie ausführt, dass Art. L. 311-17 des Verbrauchergesetzbuchs, wonach die Mittel erst nach Ablauf einer Frist von sieben Tagen verfügbar gemacht werden dürften, nur indirekt an Art. 14 der genannten Richtlinie anknüpfe, und schlägt die Formulierung von zwei Vorlagefragen unter Verweis auf die Grundsätze der Rechtssicherheit und der Verfahrensautonomie der Staaten vor.

Die Berufungsbeklagten teilten am 10. November 2021 mit, dass sie sich zu einem möglichen Vorabentscheidungsersuchens nicht äußern würden.

... [nicht übersetzt]

ENTSCHEIDUNGSGRÜNDE

Es steht fest, dass der Rechtsstreit den Bestimmungen der Art. L. 311-1 ff. des Verbrauchergesetzbuchs unterliegt, die sich aus dem Gesetz Nr. 2010-737, bekannt gemacht am 1. Juli 2010, ergeben, das die Bestimmungen der Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2008 in nationales Recht umsetzt (jetzt Art. L. 312-1 ff. des Verbrauchergesetzbuchs).

Das erstinstanzliche Gericht erklärte den streitigen Kreditvertrag von Amts wegen für nichtig, weil die Gelder den Kreditnehmern unter Verstoß gegen Art. L. 311-14 alte Fassung (jetzt L. 312-25) des Verbrauchergesetzbuchs vor Ablauf der Widerrufsfrist ausgehändigt worden waren.

Die Berufungsklägerin wirft dem erstinstanzlichen Gericht vor, seine Befugnisse überschritten zu haben, da nur eine Partei die Nichtigkeit eines Vertrags auf der Grundlage dieser Bestimmungen, die zwingende Schutznormen seien, geltend machen könne; sie erinnert daran, dass die Nichtigkeit eine relative Nichtigkeit sei und dass der Verbraucher die Möglichkeit habe, einen Vertrag zu bestätigen, der von Nichtigkeit bedroht sei; sie betont, dass die Kreditnehmer, die vor Gericht

erschienen seien, weder die Nichtigkeitserklärung des Vertrags beantragt noch einen Verstoß gegen Art. L. 312-25 geltend gemacht hätten.

Außerdem habe das Gericht nicht von Amts wegen einen Grund aufgreifen dürfen, der zur Nichtigkeitserklärung des Vertrags führen könnte, und zwar über die Verjährungsfrist hinaus, die den Kreditnehmern selbst offenstehe, um die Nichtigkeitserklärung des Vertrags zu beantragen.

Die Berufungsbeklagten stützen sich vor dem vorlegenden Gericht auf die Gründe des Urteils, dessen Bestätigung sie beantragen. Sie tragen vor, das erstinstanzliche Gericht habe zu Recht von Amts wegen eine zwingende Bestimmung geprüft, die kontradiktorisch verhandelt worden sei, auch wenn sie keinen Antrag auf Nichtigkeitserklärung des Vertrags gestellt hätten.

Unter Verweis auf die Art. 1179 und 1180 des Zivilgesetzbuchs machen sie geltend, dass ein Verstoß gegen die zwingenden Vorschriften im Bereich des Verbraucherkredits mit absoluter Nichtigkeit geahndet würde, die von jedem Beteiligten sowie von der Staatsanwaltschaft beantragt werden könne, und dass die Verjährungsfrist ab dem Zeitpunkt zu laufen beginne, zu dem derjenige, der die Nichtigkeit geltend mache, von der Unregelmäßigkeit Kenntnis erlangt habe, d. h. im vorliegenden Fall, was den Richter angehe, ab dem Zeitpunkt des verfahrenseinleitenden Schriftsatzes oder ab dem Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung.

Die Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates wurde durch das Gesetz Nr. 2010-737 vom 1. Juli 2010 in nationales französisches Recht umgesetzt; sie ist von den nationalen Gerichten unmittelbar anwendbar.

In Art. 14 dieser Richtlinie heißt es:

„(1) Der Verbraucher kann innerhalb von vierzehn Kalendertagen ohne Angabe von Gründen den Kreditvertrag widerrufen. Diese Widerrufsfrist beginnt

entweder am Tag des Abschlusses des Kreditvertrags oder an dem Tag, an dem der Verbraucher die Vertragsbedingungen und die Informationen gemäß Artikel 10 erhält, sofern dieser nach dem in Buchstabe a des vorliegenden Unterabsatzes genannten Datum[s] liegt. ...

(7) Dieser Artikel berührt nicht innerstaatliche Rechtsvorschriften, die eine Frist vorsehen, innerhalb deren die Ausführung des Vertrags nicht beginnen kann.“

Art. 22 [Abs. 2] bestimmt: *„Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Verbraucher auf die Rechte, die ihnen mit den innerstaatlichen Vorschriften eingeräumt*

werden, die zur Anwendung dieser Richtlinie erlassen wurden oder dieser Richtlinie entsprechen, nicht verzichten können.“

Art. 23 sieht vor: „Die Mitgliedstaaten legen für Verstöße gegen die aufgrund dieser Richtlinie erlassenen innerstaatlichen Vorschriften Sanktionen fest und treffen die zu ihrer Anwendung erforderlichen Maßnahmen. Die Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.“

Gemäß Art. L. 311-14 des Verbrauchergesetzbuchs in der für den Rechtsstreit geltenden Fassung (jetzt L. 312-25) „darf während einer Frist von sieben Tagen ab Annahme des Vertrags durch den Kreditnehmer keine Zahlung, in welcher Form und aus welchem Rechtsgrund auch immer, vom Kreditgeber oder für dessen Rechnung an den Kreditnehmer oder vom Kreditnehmer an den Kreditgeber geleistet werden. Während dieser Frist darf der Kreditnehmer auch keine Einlagen zugunsten oder für Rechnung des Kreditgebers in Bezug auf das in Rede stehende Geschäft tätigen. Wenn der Kreditnehmer eine Einzugsermächtigung für sein Bankkonto unterschrieben hat, sind ihre Gültigkeit und ihr Wirksamwerden von der Gültigkeit und dem Wirksamwerden des Kreditvertrags abhängig“.

Es ist zu beachten, dass diese Bestimmung unter Art. 14 Abs. 7 der Richtlinie 2008/48 fällt.

Nach innerstaatlichem Recht kann die Auszahlung des Kredits vor Ablauf der Frist von sieben Tagen die Nichtigkeit des Vertrags nach Art. 6 des Zivilgesetzbuchs bewirken, wonach von Vorschriften, die die öffentliche Ordnung und die guten Sitten betreffen, nicht durch besondere Vereinbarungen abgewichen werden darf. Die Nichtigkeitserklärung des Vertrags hat zur Folge, dass der Kreditnehmer das geliehene Kapital zurückzahlen muss.

Gemäß Art. L. 141-4, jetzt R. 632-1, des Verbrauchergesetzbuchs kann „das Gericht von Amts wegen alle Bestimmungen des vorliegenden Gesetzbuchs in den durch seine Anwendung entstandenen Streitigkeiten anwenden. Es schließt von Amts wegen, nachdem es die Stellungnahmen der Parteien eingeholt hat, die Anwendung einer Klausel aus, deren Missbräuchlichkeit sich aus den Diskussionspunkten ergibt“.

Art. L. 311-52 des Verbrauchergesetzbuchs bestimmt: „Zahlungsklagen wegen der Nichtleistung des Kreditnehmers sind innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Jahren nach dem die Streitigkeit auslösenden Ereignis zu erheben.“

Art. L. 110-4 des Handelsgesetzbuchs sieht vor: „Pflichten, die im Handelsverkehr zwischen Kaufleuten oder zwischen Kaufleuten und Nichtkaufleuten entstanden sind, verjähren nach fünf Jahren, sofern sie keinen speziellen kürzeren Verjährungsfristen unterliegen.“

Gemäß Art. 2224 des Zivilgesetzbuchs verjähren *„persönliche Ansprüche oder Ansprüche aus beweglichen Sachen ... nach fünf Jahren ab dem Tag, an dem der Inhaber eines Rechts Kenntnis von den Umständen, die ihm die Ausübung dieses Rechts erlauben, erlangte oder hätte erlangen müssen.“*

Klagen des Verbrauchers – einschließlich Klagen zum Zweck der Nichtigkeitsklärung des Vertrags – wie auch Anträge auf Nichtigkeitsklärung, die der Verbraucher im Wege der Einrede geltend macht, unterliegen der Verjährungsfrist von fünf Jahren ab Vertragsschluss, die sowohl in Art. 110-4 des Handelsgesetzbuchs als auch in Art. 2224 des Zivilgesetzbuchs vorgesehen ist. Dagegen hindern diese Verjährungsvorschriften den Verbraucher nicht daran, einer Zahlungsklage unter allen Umständen ein materielles Verteidigungsmittel entgegenzusetzen, das geeignet ist, die Forderung des Kreditgebers ganz oder teilweise zu entkräften, ohne daraus einen anderen Vorteil zu ziehen.

Es wurde entschieden, dass die Festsetzung angemessener Ausschlussfristen für die Rechtsverfolgung nicht geeignet ist, die Ausübung der dem Verbraucher verliehenen Rechte praktisch unmöglich zu machen oder übermäßig zu erschweren; sie soll die Möglichkeit verhindern, einen Vertrag für unbestimmte Zeit in Frage zu stellen, und trägt damit dem Grundprinzip der Rechtssicherheit Rechnung (Urteil vom 6. Oktober 2009, *Asturcom Télécommunications*, C-40/08).

Es wurde aber auch entschieden, dass der Grundsatz der Effektivität der Bestimmungen der oben genannten Richtlinie der Voraussetzung entgegensteht, dass die Sanktion der Nichtigkeit des Kreditvertrags, verbunden mit der Verpflichtung zur Rückzahlung des Kapitalbetrags, von der Bedingung abhängig gemacht wird, dass die Nichtigkeit vom Verbraucher innerhalb einer dreijährigen Verjährungsfrist geltend gemacht wird (Urteil vom 5. März 2020, *OPR – Finanzen*, C-679/18).

Daher ist es angebracht, dem Gerichtshof der Europäischen Union Fragen mit dem unten angegebenen Wortlaut zur Vorabentscheidung vorzulegen.

Außerdem heißt es gemäß Art. 4 und 5 der Zivilprozessordnung: *„Der Gegenstand des Rechtsstreits wird durch die von den Parteien jeweils geltend gemachten Ansprüche bestimmt“* und *„[d]er Richter muss über alles entscheiden, was beantragt wird, und darf nur über das entscheiden, was beantragt wird“*.

Diese Bestimmungen, die auf die Verfahrensautonomie der Staaten zurückzuführen sind, hindern das Gericht daran, *ultra petita* zu entscheiden.

Der *„Dispositionsgrundsatz“*, der vom Unionsrecht insbesondere insofern anerkannt wird, als es zur Rechtssicherheit beiträgt, schließt auch aus, dass das Gericht eine Gegenforderung schafft.

Dennoch sieht Art. L. 141-4, jetzt R. 632-1, des Verbrauchergesetzbuchs zur Gewährleistung der Wirksamkeit des von der genannten Richtlinie

vorgeschriebenen Verbraucherschutzes vor, dass das Gericht von Amts wegen alle Bestimmungen dieses Gesetzbuchs in den durch seine Anwendung entstandenen Streitigkeiten anwenden kann; es schließt von Amts wegen, nachdem es die Stellungnahmen der Parteien eingeholt hat, die Anwendung einer Klausel aus, deren Missbräuchlichkeit sich aus den Diskussionspunkten ergibt.

In Anwendung der letztgenannten Bestimmung ist es nach innerstaatlichem Recht zulässig, dass das Gericht von Amts wegen die Verwirkung des Rechts des Kreditgebers auf Erhebung der vertraglichen Zinsen sogar dann aussprechen kann, wenn der Verbraucher sich zu diesem Punkt nicht geäußert hat, unabhängig davon, ob er erschienen oder säumig ist, sofern der Punkt zur kontradiktorischen Verhandlung vorgelegt wurde.

Nach innerstaatlichem Recht stellt die Geltendmachung der Nichtigkeit des Vertrags nicht nur eine materiell-rechtliche Einrede gegen eine vom Kreditgeber erhobene Zahlungsklage dar, sondern ein eigenständiges Recht.

Abgesehen davon, was zur Verjährung in diesem Zusammenhang ausgeführt wurde, ist die Nichtigkeitsklärung des Vertrags durch das Gericht ohne Antrag des Verbrauchers – unabhängig davon, ob dieser erschienen oder säumig ist – oder ohne Zustimmung zu einer solchen Nichtigkeitsklärung, nachdem der Richter die Unregelmäßigkeit, die mit einer solchen Nichtigkeit geahndet werden kann, von Amts wegen festgestellt hat, geeignet, den Dispositionsgrundsatz und die individuelle und kollektive Rechtssicherheit zu beeinträchtigen.

Dennoch muss der Grundsatz der Effektivität, der generell darauf abzielen soll, Gewerbetreibende von nicht konformen Praktiken abzuhalten, die geringe Beteiligung von Verbrauchern an gerichtlichen Auseinandersetzungen berücksichtigen, aus der jedoch auf individueller Ebene weder eine Anerkennung der Begründetheit der Ansprüche des Kreditgebers noch ein Einverständnis mit einer eventuellen Nichtigkeitsklärung des Vertrags abgeleitet werden kann.

Daher ist es wichtig, den Gerichtshof wie folgt nach den Voraussetzungen zu fragen, die für das Gleichgewicht zwischen den Grundsätzen der Effektivität, der Dispositionsfreiheit und der Rechtssicherheit erforderlich sind, wenn das Gericht von Amts wegen die Nichtigkeit des Kreditvertrags feststellt, ohne dass der Verbraucher sich dazu geäußert hat.

AUS DIESEN GRÜNDEN

beschließt die Cour d'Appel

... [nicht übersetzt]

aufgrund des Art. 267 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

- die Rechtssache und die Parteien an den Gerichtshof der Europäischen Union zu verweisen, dem folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt werden:

1. Steht der aus Art. 23 der Richtlinie 2008/48/EG hervorgehende Grundsatz der Effektivität der Sanktion im Hinblick auf die Grundsätze der Rechtssicherheit und der Verfahrensautonomie der Staaten dem entgegen, dass ein Gericht eine aus Art. 14 der genannten Richtlinie abgeleitete Bestimmung des innerstaatlichen Rechts, deren Nichtbeachtung im innerstaatlichen Recht mit der Nichtigkeit des Vertrags geahndet wird, nach Ablauf der fünfjährigen Verjährungsfrist, während der der Verbraucher klage- oder einredeweise die Nichtigkeit des Kreditvertrags beantragen kann, von Amts wegen prüfen kann?

2. Steht der aus Art. 23 der Richtlinie 2008/48/EG hervorgehende Grundsatz der Effektivität der Sanktion im Hinblick auf die Grundsätze der Rechtssicherheit und der Verfahrensautonomie der Staaten sowie der Dispositionsfreiheit dem entgegen, dass ein Gericht einen Kreditvertrag für nichtig erklären kann, nachdem er von Amts wegen eine aus Art. 14 der genannten Richtlinie hervorgegangene Bestimmung des innerstaatlichen Rechts geprüft hat, ohne dass der Verbraucher eine solche Nichtigklärung beantragt oder ihr zumindest zugestimmt hat?

... [nicht übersetzt]

ARBEITSDOKUMENT